

# Hamburget Echo

Preis 10 A

## Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 3

Mittwoch, 4. Januar 1933

59. Jahrgang

### Blutbad in Schanhaiwan

Die Stadt nur noch ein rauchender Trümmerhaufen / Japans Offensive seit Wochen vorbereitet / Japanische Frechheit gegenüber dem Völkerbund

W.P. Peking, 3. Januar.

Nach amtlichen Depeschen des Vertreters der Vereinigten Staaten in Schanghai haben die Japaner heute um 16.30 Uhr die Stadt Schanghai vollkommen besetzt.

Nach Meldungen aus zuverlässiger chinesischer Quelle zufolge, ist Schanghai von den Japanern eingenommen worden. Es besahe nur noch aus rauchenden Trümmerhaufen, unter denen die verfallenen Leichen von 500 Soldaten und zahlreichen Zivilisten lagen.

Von chinesischer Seite wird weiter erklärt, daß die Japaner bei dem Angriff am Dienstagmorgen auch Tanks eingesetzt haben, und unter dem Schutze der Artillerie und der Kriegsschiffe seien die Stadtmauern niedergelegt worden, so daß japanische Artillerie und Kavallerie durch die Brechen in die Stadt eindringen konnten. Es habe sich ein wilder Straßenkampf entwickelt, bei dem ein Bataillon Chinesen vollständig aufgerieben worden sei. Bald flackerten auch Brandbomben an zahlreichen Stellen auf, in deren Schein es zu Kämpfen kam.

Nach weiteren chinesischen Meldungen sollen acht japanische Kriegsschiffe in Tschingwangtau eingetroffen sein. Sie sollen verladen haben, Marinejoldaten an Land zu setzen, was jedoch durch chinesische Truppen verhindert worden sei.

SPD. Genf, 3. Januar.

Durch dringende Telegramme teilt die chinesische Regierung dem Völkerbund das Eindringen starker japanischer Truppenmassen mit schwerer Artillerie und Flugzeugen in die nordchinesische Provinz Jehol mit. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Offensive an der manchuischen Front der Provinz Jehol seit Wochen planmäßig vorbereitet worden sei.

Die japanische Delegation macht den Völkerbund darauf aufmerksam, daß die Abwehrmaßnahmen gegen die Provinz Jehol durch chinesische Truppenzusammenschüßungen an der manchuischen Grenze provoziert worden sei. Eine größere Frechheit als diese japanische Mitteilung ist wirklich nicht denkbar. Zum brutalen Überfall auf China gesellt sich nun noch der Soah gegenüber dem Völkerbund.

### Frankreichs Sozialisten fordern Bruch mit Japan

Erster Appell an Paul-Boncour

SPD. Paris, 3. Januar.

Das Eindringen der Japaner in chinesisches Gebiet und die Einnahme der Stadt Schanghai

durch die Japaner haben den sozialistischen Abgeordneten Fontanier veranlaßt, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß er ihn nach der Wiedereröffnung der Kammer über den chineisch-japanischen Konflikt und die Haltung Frankreichs im Völkerbund interpellieren werde.

Der Populaire hat am Dienstag auf den Ernst des erneuten Vorgehens Japans hingewiesen und erklärt:

„Wird die französische Regierung gegenüber dem japanischen Imperialismus dieselbe Politik der Freigebigkeit befolgen wie die Regierungen Sardien, Venedig und Herrick? Wird sie ebenso wie die früheren Regierungen die Sache

des Friedens verraten? Wir erwarten eine klare und feste Antwort. Eine Antwort, die der Welt die Hoffnung gibt, daß noch Regierungschefs vorhanden sind, die die schönen Worte, die sie so oft aussprechen, in Taten umzusetzen verstehen. Japan ist im Begriff, einen furchtbaren Krieg zu entfesseln. Um es daran zu hindern, gibt es nur ein Mittel: Die Drohung mit dem Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen. Ist die französische Regierung gegenüber den Kanonenhändlern und Panzern unabhängig genug, um die Handlung zu vollziehen von der der Frieden im fernsten Osten abhängen kann?“

### Die Forderung der Freien Gewerkschaften

## Fort mit der Margarine-Berordnung!

Ein Protestschritt bei Geh. v. Braun / Nichtsagende Redensarten des Landwirtschaftsministers

Am Dienstag hatten die Vertreter der freien Gewerkschaften eine Unterredung mit dem Reichslandwirtschaftsminister über die Margarineprojekte der Reichsregierung. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war durch den Reichstagsabgeordneten Grassmann, der Afa-Bund durch Gehr und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund durch Kozub vertreten. Ueber den Verlauf der Besprechung wird folgendes mitgeteilt:

„Bereits am 23. Dezember 1932 hatten die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen telegraphisch an den Reichsminister einen

Protest gegen jede Kontingenzierung von Einfuhr von Margarineerzeugnissen, gegen jeden Beimischungsgezwang von Butter zur Margarine, gegen alle die Margarine verteuern oder vernachlässigen Maßnahmen gerichtet. Am 3. Januar 1933 mittags wurden Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bei dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorstellig. Sie erneuerten den bereits telegraphisch mitgeteilten Einspruch gegen die Abicht der Regierung und betonten insbesondere, daß nach ihrem Ermessen

die Berordnung vom 23. Dezember 1932 mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung nicht begründet werden könne.

Es sei Sache des Parlaments, die von der Regierung gemachten Vor schläge zu prüfen und entsprechend gesetzgebend zu verabschieden. Der Reichsminister hat sich als autokratisches Organ bei den Beratungen über Beimischungsgezwänge wiederholt und konsequent ablehnend ausgesprochen. Die Frage sei aus dem Grunde so bedeutungslos, weil die

Margarine, insbesondere die billigeren Sorten, heute das ausschließliche Fett der Massen, besonders der Arbeitslosen geworden sei. In angesichts der gesunkenen Einkommen besonders der Kurzarbeiter und der niedrig entlohnten Angestellten und Beamten sei die Margarine heute als Ersatz für die Butter getreten.

Die Gewerkschaftsvertreter forderten die Aufhebung der Berordnung mit dem Ziel, einen Zwang zur Beimischung von Butter zur Margarine zu beseitigen, und belegten diese ihre Forderung mit einer Reihe von Gründen.

Der Minister konnte sich der Schilderung der Notlage weitester Kreise der fädtlichen Bevölkerung nicht verschließen (eine nichtsagende zu nichts verpflichtende Redensart). Eine Verteuerung der billigen Margarinearten würde zu einer weiteren Einschränkung des Konsums von Fetten führen. Auf der anderen Seite sei die Lage der Landwirtschaft, besonders der Veredelungsprodukte erzeugenden Betriebe, unhaltbar geworden. Der Rückgang des Verbrauchs an Frischmilch habe eine gesteigerte Erzeugung von Butter zur Folge, die wiederum unverkäuflich bleibe. Die Regierung müsse Maßnahmen treffen, die der Landwirtschaft gesteigerten Absatz von Veredelungsprodukten ermögliche, ohne daß deshalb der Fettverbrauch namentlich der Milchverarbeitenden und Erwerbslosen beeinträchtigt werden könne.

Als der Baron hielt zwar die Vorlage der Städte, aber praktisch tut er nichts dagegen. Worte für die notleidenden Massen, Saten — freilich fürchte und verhehle — für die Agrarier.

### Auch die Konjungenossenschaften in der Protestfront

Die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konjungenvereine und der Großeinlaufgesellschaft haben Gelegenheit genommen, beim Reichslandwirtschaftsminister ihre Bedenken gegen die Margarinepläne vorzubringen. Sie betonten, daß durch den Butterbeimischungsgezwang der Landwirtschaft nicht geholfen werden könne. Außerdem wiesen sie darauf hin, daß der Beimischungsgezwang unbedingt an einer Verteuerung der Margarine führen müsse. Im übrigen warnten die Vertreter der Konjungenossenschaften vor den volkswirtschaftlich schädlichen Folgen einer Kontingenzierung in der Margarineindustrie.

### Deutsche Milchwirtschaft protestiert gegen Margarineverordnung

DNB. Berlin, 3. Januar.

Der Vorsitzende des Deutschen Milchwirtschaftlichen Reichsverbandes, Professor Dr. Fehrer, hat folgendes Telegramm an den Reichsernährungsminister, Freiherrn von Braun, gerichtet:

„Erhalte von milchwirtschaftlichen Verbänden aller Reichsteile förgernvolle Proteste gegen Butterbeimischung. Butterpreissteigerung wird als Randover der Freunde der Beimischung angesehen. Bitte dringend vor weiteren Schritten um Empfang und Aussprache.“

### Gärung im polnischen Heer

Überall militärische Standgerichte eingeleitet

SPD. Warschau, 4. Januar.

Durch Verordnung der Warschauer Garnisonleitung sind mit dem heutigen Tage militärische Standgerichte im gesamten Warschauer Bezirk eingeführt worden. Danach werden Vergehen von Militärpersonen, wie Ueberfall auf Vorgesetzte mit der Waffe in der Hand, hochverräterische und unstuftätige Tätigkeit, Spionage usw. sofort standgerichtlich mit dem Tode durch Erschießen bestraft. Vor einigen Tagen sind ähnliche Verordnungen auch von den militärischen Kommandanten in der ukrainischen Stadt Lutzk und in der weipolnischen Webersdorf Lohj erlassen worden. Sie dürften bald auf ganz Polen ausgedehnt werden.

Diese Maßnahmen haben großes Aufsehen erregt, da sie zu der Vermutung zwingen, daß es im polnischen Heere nicht so ruhig ist, wie die leitenden Stellen fäufig versichern. Man befürchtet anscheinend vor allem ein schnelles Anwachsen radikaler Tendenzen unter den Soldaten unter der Wirkung des aufreizenden Massenlebens ihrer prelatarischen oder kleinbäuerlichen Angehörigen.

Zwischenfälle auf Zamaita. In den Straßen der Stadt Ringston (Zamaita) kam es zu ersten Zwischenfällen, als eine Anzahl britischer Soldaten wegen der Ermordung eines ihrer Kameraden, der wahrscheinlich mit Eingeborenen in Streit geraten war, eine Protestkundgebung veranstalten wollte.

### Walther Lamp'l

Am Dienstagabend kurz nach 8 Uhr verstarb im Altonaer Krankenhaus im 42. Lebensjahre Senator Dr. Lamp'l an Embolie.



Ueberlebend für alle, die noch kurz vorher mit ihm in Besprechungen zusammen gewesen waren, kam am 12. Dezember die Kunde, daß Walther Lamp'l das Altonaer Krankenhaus wegen einer Nierensteinerkrankung hatte aufsuchen müssen. Er, der sonst so kräftige und gesunde Mann, hat das Krankenbett, das zu einem wirklichen Schmerzenslager wurde, nicht wieder verlassen können. Am 21. Dezember mußte eine schwierige Nierensteinoperation vorgenommen werden, die der jetzt dahingeshiedene gut überstand. Dann aber trat eine Woche später ein schwerer Anfall von Lungenembolie auf. Nur die ganze Kunst der Ärzte vermochte es, das Schlimmste abzuwenden. Tagelang aber mußte man bangen, ob die kräftige Konstitution des Schwerdaniederliegenden diesen Angriffen nicht doch nachgeben würde. In den letzten Tagen konnte man wieder Hoffnung schöpfen. Am 1. Januar übertraf er dann am Dienstagabend der Tod ein. Der behandelnde Arzt wollte am Krankenlager, als plötzlich ein neuer Embolieanfall eintrat und in wenigen Augenblicken den tödlichen Ausgang nahm.

Mit Walther Lamp'l's Name ist ein Großteil der Geschichte der ersten Nachkriegsjahre unseres Städtegebietes verknüpft. Er war ein selbste mademan. In Hamburg am 10. Mai 1891 wurde er geboren. Als Sohn einer hundertjährigen Handwerkerfamilie mußte er, wie alle Geschwister, durch Brot- und Zeitungsaustreten zum Unterhalt beitragen. Der junge Walther besuchte zunächst die Volksschule, bekam dann aber eine Freistelle auf der Oberrealschule und verbrachte sich sein Brot vom 15. Lebensjahre an durch Nachhilfsunterricht. Der Wille, sich die Mittel zum Universitätsstudium zu verdienen, brachte den 19jährigen nach bestandener Abiturprüfung nach Meirito. Aber auch hier wurde sein Mut auf eine harte Probe gestellt; denn gerade in die meizianischen Wirren der Jahre 1911 und 1912 kam er hinein. Als sein Arbeitgeber, ein Uebere Kaufmann, erschossen wurde, verlor der junge Ange stellte wohl Ersparnisse und Stellung, aber nicht die Entschlußkraft, sich weiter zu helfen. Lamp'l kehrte nach Deutschland zurück und erwarb sich die Mittel zum Studium an der Berliner Universität durch Privatunterricht. Dann kam der Krieg. Der junge Student kam an die Front und kehrte als Schwerekriegsbeschädigter — im Dezember 1917 stürzte er als Flieger ab — in die Heimat zurück.

Raum gewesen, war Walther Lamp'l einer der wenigen Offiziere, die sich bei Ausbruch der Revolution sofort in die Reihen der Soldatenräte stellten und so ihren Willen bekundeten, am Wiederaufbau des Staates mitzuwirken. Nachdem die organisierte Arbeiterchaft dem wirren Durcheinander der ersten Revolutionen in Hamburg ein Ende gemacht hatte, brachte Lamp'l energisches Eingreifen auch im Soldatenrat geordnete Verhältnisse.

Im Januar 1919 wurde er zum 1. Vorsitzenden des Soldatenrats gewählt, nachdem er schon vorher von den Soldatenräten Hamburgs mit ihrer Vertretung zum ersten Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin beauftragt war. Immer in enger Fühlung mit der Führung der Partei und den Gewerkschaften im Städtegebiet hatte Lamp'l hervorragenden Anteil an der Ueberwindung aller Versuche, die Dinge in ein spartakistisches Fahrwasser zu lenken. So wurde er denn auch Ende Februar 1919 Kommandant von Groß-Hamburg und nach dem Eingreifen des Korps Letton-Vorbes Reichskommissar bei diesem Korps. Er schied im Dezember 1919 aus dem Seereserveaus aus, aber sein Geschick und seine Energie gerade in militärischen Dingen brachten es mit sich, daß Walther Lamp'l ganz selbstverständlich in vorderster Linie stand, als es galt, den Kapp-Putsch abzuwehren. Der damalige Oberst von Ledebur hatte mit einem Bataillon das Altonaer Rathaus besetzt, um von dort aus „Ruhe und Ordnung“ nach Hamburg zu bringen; er wartete nur noch Verstärkungen ab. Aber ein zweites Bataillon seines Regiments, das den Altonaer Hauptbahnhof besetzte, fiel nach aufständischer Arbeit Altonaer Sozialdemokraten von ihm ab, und dem herbeigerufenen früheren Kommandanten gelang es, dieses Bataillon fest in seine Hand zu bringen. So schaffte Lamp'l die Voraussetzungen für die bald folgenden Verhandlungen mit Wangelheim und Ledebur, in der diese zum Abzug aus Altona gezwungen wurden.

Auch in Schleswig-Holstein, wo der Spul noch nicht zu Ende war, griff Lamp'l dann noch mit Erfolg ein.

Aber dieses erfolgreiche Eingreifen im Kapp-Putsch hatte das inzwischen aufgenommene Studium an der neuen Hamburger Universität nur unterbrochen. 1921 erwarb der jetzt Verstorbenen mit seinen von der juristischen Fakultät durch Druckübernahme ausgezeichneten Arbeiten über „Das Recht der Revolution“ und anderes den Dokortitel.

Die starke Inanspruchnahme durch seine Tätigkeit als Kommandant von Groß-Hamburg und später sein Studium hinderten Walther Lamp'l nicht, andere ihm anvertraute Aufgabepflichten zu erfüllen. Er war im Februar 1919 zum

## Skandal um Gut Neudeck

Oldenburger-Januschau kontra Ludendorff

Die Kreuz-Zeitung veröffentlicht einen langen und sehr aufgereagten offenen Brief des Herrn von Oldenburg-Januschau an den General Ludendorff. Er betrifft die Vorgänge, die sich an den Erwerb des Gutes Neudeck für die Familie von Hindenburg knüpften und die Ereignisse, die sich im Zusammenhang damit nachher abspielten. Die Familie von Hindendorff hatte in dem letzten Nummer seiner Volkswarte u. a. folgendes ausgesprochen: Dem Reichspräsidenten von Hindenburg sei zum 80. Geburtstag der alte Familienbesitz Gut und Schloß Neudeck geschenkt worden. Zu diesem Zweck habe man bei der Hofkammer gesammelt. Das Geschenk sei aber gar nicht vom Reichspräsidenten, sondern

von seinem Sohn, dem Obersten von Hindenburg, angemommen worden, der infolgedessen nach dem Tode seines Vaters keine Erbschaftsteuer werde bezahlen müssen.

Die Eintragung selbst sei allerdings mit Zustimmung des Reichspräsidenten erfolgt. Der Oberst von Hindenburg habe aber auch keine Eintragungsteuer bezahlt. Führer des ganzen Unternehmens sei Herr von Oldenburg-Januschau gewesen, der später

bei der Zuteilung von Geldern aus der Döblitz außerordentlich begünstigt worden sei.

Nun hätten aber die Sammlungen nicht dazu gereicht, das Gut der Familie Hindenburg unerschüttert übergeben zu können, vielmehr lägen nach 450000 Mark Schulden auf ihm, die jetzt gleichfalls durch Sammlungen aufgebracht werden sollten. Zum Beweis dafür druckte Ludendorff einen Brief ab, den der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsrats, Dr. Bernhard Grund, an verschiedene zahlungsfähige Persönlichkeiten gerichtet hat. In diesem Brief wird gesagt, daß nach einer Schuldsumme von 450000 M. fehle, die von einer entsprechenden Zahl von Persönlichkeiten zu betragen von je 500 M. aufgebracht werden sollte. Die Beträge seien an die Dresdener Bank in Berlin unter Hindenburg-Dank zu überweisen.

Zu diesen Darlegungen Ludendorffs nimmt nun Oldenburg-Januschau in seinem offenen Brief an Ludendorff Stellung. Das geschieht, wie schon gesagt, in sehr aufgeregter Weise und mit zahlreichen persönlichen Ausfällen gegen Ludendorff. In der Sache selbst gibt Oldenburg-Januschau an, daß der Besitz auf dem Gut Neudeck dem Reichspräsidenten übergeben sei unter Vorbehalt des Nießbrauchs für den Reichspräsidenten selbst. Er bestreitet auch nicht, daß

für diese Schenkung keine Steuern gezahlt worden sind. Das Finanzministerium habe ihm bewilligt, daß ein Schenkungsstempel nicht erhoben werde, „angesichts der Schwierigkeiten, einen Stempel für ein Geschenk festzusetzen, das Tausende von Leuten in ganz verschiedenen Beträgen zusammenbrachten“. Diese Beträge sind nach den Ausführungen von Oldenburg-Januschau größtenteils

von Kreisen der Großindustrie gesammelt worden. Daß sie aber nicht ausgereicht haben und noch weitere erhebliche Mittel notwendig sind, gibt Oldenburg-Januschau gleichfalls zu. Mit desto größerer Heftigkeit wendet er sich gegen den ihm persönlich treffenden Vorwurf, daß er als Gegenleistung für seine Tätigkeit in der Neudecker Stiftung bei

seiner eigenen Umschuldung besonders bevorzugt worden sei. Was er erhalten habe, sei nichts anderes als die Zuschüsse für das Aufheben jeden Realredits, den frühere die Landbesitzer geschuldet. Dieser Realredit sei von den Landbesitzern in Indusriefen gegeben worden, während die Indusriefen den Kredit in bar oder in beziehungsfähigen Gutscheinen gebe. Er persönlich habe nur von den Rechten Gebrauch gemacht, die jedem Landwirt zuständen.

Zum Schluß sagt Herr von Oldenburg-Januschau, er habe auf Anweisung nur selten reagiert, „wenn es sich nicht um Fälle handelte, die ich

erleiden konnte, da die Angriffe zu minderwertig waren“. Und er fährt fort:

Die Voraussetzung Euer Excellenz, daß ich persönlichen Nutzen ziehen könnte aus meiner Tätigkeit für die Neudecker-Stiftung berührt aber als von Ihnen kommenden einen Punkt, der mich zur rücksichtslosen Abwehr nötigt. Da

ich als alter Offizier

nicht auch heute noch den allerhöchsten Bestimmungen unterworfen halte, die die Offiziere verpflichten, ihre Ehre zu wahren, so bitte ich Euer Excellenz aus Verehrtheit dafür zu sorgen, daß die Volkswarte nicht dem Beispiel der Revolverpresse folgend „die Ehre eines Kameraden freventlich verlegt“.

Emeit der Streit zwischen Ludendorff und Oldenburg-Januschau. Wir beschränken uns zunächst auf die Rolle des objektiven Berichterstatters und enthalten uns jedes Urteils darüber, ob Ludendorff Recht hat, wenn er im Zusammenhang mit diesen Dingen behauptet, „daß wir bis zum Halbe im Sumpfe stecken“. Festgestellt sei nur, daß diese ganze Angelegenheit zwischen Offizieren der alten königlichen Armee spielt, daß es

Palatine des Kaisers

sind, die hier vor der Öffentlichkeit die schlimmsten Beschuldigungen gegeneinander erheben.

Und nach eine andere Bemerkung können wir nicht unterdrücken: Man stelle sich vor, diese ganze Angelegenheit hätte nicht vor fünf, sondern vor acht oder neun Jahren zu spielen begonnen und der Reichspräsident, um den es sich handelt, wäre nicht Paul von Hindenburg, sondern Friedrich Ebert gewesen! Man stelle sich vor, es wäre in Kreisen der Großindustrie gesammelt worden, um dem ältesten Sohn des Reichspräsidenten Ebert ein Gut zu kaufen, man stelle sich vor, es wäre für diese Schenkung keine Steuer erhoben worden, man stelle sich vor, diese Sammlungen wären statt von einem führenden Deutschen Sozialdemokraten eingeleitet worden, man stelle sich schließlich vor, dieser Sozialdemokrat hätte später für wirtschaftliche Unternehmungen, die ihm gehören, erhebliche Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten — und dann stelle man sich vor, wie diese Angelegenheit in der Presse der „nationalen Rechten“ behandelt worden wäre!